



Neue Wehr, alte Ehr?



DIENSTBEGINN
Konrad Adenauer
besucht am
20. Januar 1956
in Andernach bei
Koblenz die
ersten Soldaten
der Bundeswehr

Schon vor ihrer Gründung ist die Bundeswehr umkämpft.
Erneuerer und Traditionalisten ringen um das Verhältnis zur Wehrmacht.
Eine kritische Bilanz VON DETLEF BALD

Natürlich ist Bonn nicht Weimar. Die Bonner Republik hat sich ihr Militär selbst geschaffen und musste nicht wie die Weimarer Demokratie eine kaiserlich-vordemokratische Armee übernehmen. Aber schaut man näher hin, ist auch die beinahe 70-jährige Geschichte der Bundeswehr zerklüftet und umkämpft.

Mit der Neugründung der beiden deutschen Staaten war in Ost und West das Ziel verbunden, die Vergangenheit des Nationalsozialismus und Militarismus abzustreifen. Entsprechend hatte der Alliierte Kontrollrat am 2. August 1945 in Potsdam alle militärischen Einrichtungen der Wehrmacht »völlig und endgültig« aufgelöst, um den »Hort des Militarismus« auszulöschen. Umkehr war das Gebot der internationalen Politik. Für die Bundesrepublik wies die Westintegration fest in Richtung freiheitliche Wertebindung.

Auch auf deutscher Seite verlangten Historiker wie Friedrich Meinecke einen »radikalen Bruch mit unserer militärischen Vergangenheit«. Auch Kanzler Konrad Adenauer schloss sich an: »Der Militarismus ist tot.« Aber schon im Begriff der »Wiederbewaffnung« spürte man etwas anderes, eine Kontinuität des Alten – ganz im Trend der fünfziger Jahre, restaurative Elemente in die junge Republik zu integrieren.

Die Geschichte der Bundeswehr beginnt mit der geheimen Planung vom Oktober 1950, als im Eifelkloster Himmerod ehemalige Generale der Wehrmacht eine Denkschrift für das Bonner Kanzleramt verfassten – die »Magna Charta« der neuen Armee. Die Leitung der Tagung übernahmen bezeichnenderweise zwei ehemalige Generalstäbler der Wehrmacht: Adolf Heusinger und Hans Speidel, denen eine Karriere von der Reichswehr bis in hohe Ämter der Nato gelingen sollte.

Wie selbstverständlich galt in Himmerod die Kontinuität zur Wehrmacht: in der Militärstruktur, bei den operativen Maximen und beim Soldatenbild. Fixiert wurden traditionelle Vorstellungen von militärischer »Ehre« und vom vermeintlichen »Wehrwillen des Volkes«. Kein Wunder, leitete die entsprechende Arbeitsgruppe doch der ehemalige NS-General Hermann Foertsch, der sein Konzept des »inneren Gefüges« aus dem Jahr 1942 von der alten auf die »neue Wehrmacht« übertrug – so wurde die künftige Armee damals genannt.

Himmerod bezeugt die Restauration und keinen »Gründungskompromiss« zwischen Demokratie und Diktatur, wie häufig über die Denkschrift zu lesen ist. Dass hier ein demokratischer Neuanfang

gelingen sei, gehört zu den Gründungslegenden der Bundeswehr. Tatsächlich bilanzierten die Militärhistoriker 1977: »Die Denkkategorien und Sprachfiguren [...] entstammen fast ausschließlich der Vorstellungs- und Erfahrungswelt des Zweiten Weltkriegs.«

Allerdings irritierten vereinzelt eingestreute Sätze in der Himmeroder Denkschrift. Sie stammten von einem jungen ehemaligen Offizier, Wolf Graf von Baudissin. Er hatte Kernaussagen einer Militärreform erzwungen – marginale Einsprengsel, aus denen er das Konzept der »Inneren Führung« mit dem Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« entwickelte. Zwei dieser Kernsätze lauteten: Das neue Militär sei »ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht« zu gründen. Und: Es müsse ein »Einlasstor der Demokratie in die Streitkräfte« geschaffen werden.

Scheinbar harmlose Formulierungen, die jedoch mit Blick auf das traditionelle Fundament aus vordemokratischen Zeiten radikale Anforderungen enthielten: keine eigene Militärjustiz, keine gesellschaftlich-korporative Abkapselung, keine soziale Trennung von Offizieren und Unteroffizieren, kein eigener Herrschaftsanspruch – stattdessen parlamentarische Kontrolle, pluralistische Öffnung, Karriere durch Bildung. Baudissin forderte, das Konzept der Inneren Führung müsse die neue Armee auf die freiheitlichen und pluralistischen Werte des Grundgesetzes ausrichten – im Gegensatz zum Programm einer »neuen Wehrmacht«, dem sich die Mehrheit der ehemaligen Experten im Ministerium verschrieben hatte.

Ihr Traditionalismus, der das Militär stets als gesonderte Welt mit eigenen Werten verstand, abgeschottet gegenüber der Vielfalt der Gesellschaft und mit dem Anspruch auf Überlegenheit, wurde im August 1955 zum offenen Verfassungsproblem. Mitten hinein in die Debatten um die Wehrgesetze lancierte Heinz Karst, ein Mitarbeiter Baudissins, eine Studie, die gegen die Integration der künftigen Bundeswehr in das Regierungssystem polemisierte: Der »Vorrang der Zivilisten« – gemeint waren Minister und Staatssekretär – vor der Generalität sei untragbar. Die parlamentarische Kontrolle wurde abgelehnt, die »Rechtmäßigkeit eines zivil-ministerialen Kontrollrechts über das Militär« nicht akzeptiert.

Ein politischer Skandal – wenige Monate bevor die Bundeswehr offiziell gegründet wurde. Am 12. November 1955 überreichte der seit Juni amtierende Verteidigungsminister Theodor Blank in der Bonner Ermeikalkaserne die Ernennungsurkunden an die ersten 101 Offiziere und Unteroffiziere.

Der Aufstieg Blanks zum ersten Verteidigungsminister war ein Glück für die Bundeswehr. Der

Christdemokrat, reformorientiert wie Baudissin, vermochte für die Wehrgesetzgebung von 1954 bis 1956 fraktionsübergreifende Mehrheiten im Parlament zu organisieren, um der Bundeswehr eine verfassungskonforme Ausrichtung zu geben. Diese entsprach im Wesentlichen den Zielen der Inneren Führung, die Baudissin nun mühselig durchzusetzen versuchte: Ein »neuer Geist« sollte in der Offiziersausbildung wehen, das Selbstverständnis auch an ethischen Prinzipien ausgerichtet sein – inklusive der Aufklärung über die Verbrechen der Wehrmacht. In Anlehnung an die Heeresreformen von Gerhard von Scharnhorst galt das Ideal des »Staatsbürgers in Uniform«, des freien Bürgers mit dem Recht, Waffen zu tragen.

Doch der Traditionalismus erhielt vehementen politischen Auftrieb, als Franz Josef Strauß 1956 zum Verteidigungsminister ernannt wurde. Es war ein fatales Omen, dass Strauß sogleich den »Geist der Reichswehr und der Wehrmacht« als Vorbild für die Bundeswehr beschwor und die Innere Führung als »inneres Gewürge« diffamierte.

In diesem Wurzelgeflecht aus Reform und Restauration wuchs die Bundeswehr auf, zerrissen und belastet durch personelle Kontinuitäten zur Wehrmacht, das eigene Format suchend und skandalträchtig nach 08/15-Manier: Alte Schleifermethoden in der Ausbildung und der Tod eines Soldaten führten 1963 dazu, dass in Nagold eine komplette Fallschirmjäger-Kompanie aufgelöst wurde. Die Geschichte der Inneren Führung war von Anfang an eine Geschichte der Diffamierung und des Defizits.

Der Aufbau der Bundeswehr folgte in den Sechzigern mehr denn je restaurativen und reaktionären Leitbildern. Die Ausbildung im Heer verwirklichte das Modell der frühen dreißiger Jahre; die Führungsakademie orientierte sich an der Kriegsakademie von 1936; die soziale Rekrutierung der Offiziere folgte den Kriterien der Reichswehr, deren eigentliches Ideal das System des Kaiserreichs von 1890 war.

Als Gewerkschaften 1966 erstmals in Kasernen werben durften, traten reihenweise oberste Generale aus Protest zurück. Den Gipfel reaktionärer Politik erklomm 1969 der General der Gebirgsjäger Hellmut Grashey: Er sprach den Offizieren des 20. Juli die Ehre ab. Mehr noch: »Endlich« könne die Bundeswehr die »Maske« der Inneren Führung ablegen, wagte sich Grashey aus der Deckung. Das Desaster nach 20 Jahren Bundeswehr konnte kaum größer sein. Prominente Generale der Gründungszeit – sowohl die nationalkonservativen Speidel und Heusinger als auch der liberale Baudissin – urteilten gemeinsam, die Reform der Bundeswehr sei »gescheitert«.



REFORMER
Wolf Graf von Baudissin versucht, das Leitbild des

»Staatsbürgers in Uniform« durchzusetzen. Hier diskutiert er mit Offizieren der Kaserne in Andernach, vermutlich im Jahr 1957

DIPLOMAT

Verteidigungsminister Helmut Schmidt am 15. Juli 1970 mit dem ihm loyalen Generalinspekteur der Bundeswehr Ulrich de Maizière (links) und Heeresinspekteur Albert Schnez, der die Bundeswehr an der Wehrmacht ausrichten will



Die Ära Brandt mit ihren vielfältigen Reformen im Innern brachte auch der Bundeswehr den Wandel. Verteidigungsminister Helmut Schmidt verschaffte der Inneren Führung die notwendige Beachtung, unter anderem für seine Bildungsreform, bei der Offiziersauswahl oder bei der »Garantie der Grundrechte« für die Soldaten. Empörung war die Antwort. Die Generale probten den Aufstand mit Parolen wie »Freiheit und Demokratie sind keine letzten Werte«.

Schon vor dem Regierungswechsel hatte der Inspekteur des Heeres, Albert Schnez, in Absprache mit der obersten Generalität die traditionalistische Programmatik erneut vorgelegt: Seine Geheimstudie forderte im Juni 1969 die »Umformung der zivilen Gesellschaft an Haupt und Gliedern« nach militärischem Vorbild. Doch die »Schnez-Studie« war nicht griffig genug, um im Herbst 1969 den designierten Minister Schmidt aus dem Gleichgewicht zu bringen und seine geplanten Reformen zu torpedieren.

Insgesamt schmiedeten die Generale weiter an ihrer oppositionellen Taktik. Der Traditionalismus trat nun in neuem Gewand auf – mit ausgesprochen politischem Anspruch. In dieser Hinsicht profilierte sich vor allem der Kommandeur der Division in Unna, General Eike Middeldorf: Sein zunächst ge-

heim gehaltenes »Unna-Papier« an die oberste Bundeswehrführung war ein glatter Gegenentwurf zu den Gründungsgesetzen der Bundeswehr. Das alte Credo aus Weimarer Zeiten feierte seine Wiederkehr: Keine »Demokratisierung der Armee«, lautete die Kernaussage. Offen attackierte das von Offizieren der Panzertruppe mitverfasste Papier die neue sozialliberale Regierung, die zu einem »Schwund von Vertrauen« in der Bundeswehr geführt habe. Die »gesamten Reformpläne« Schmidts stießen auf Ablehnung, ebenso die Ost- und Entspannungspolitik – und generell das Primat des Politischen. Mit dem Aufruf an die Generalität auf der Hardthöhe, die politische Leitung im Ministerium zu boykottieren und nicht zu kooperieren, ging man aufs Ganze: »Das Eigengewicht militärischer Entscheidung darf nicht durch opportunistische Haltung und eine zunehmend politische Hörigkeit militärischer Führer gefährdet werden.« Gemeint war damit insbesondere der bedachtsam regierungstloyale Generalinspekteur Ulrich de Maizière.

Auch das Soldatenbild entfernte sich weit von den Prinzipien der Inneren Führung: Gefordert wurde die Aufhebung der individuellen Grundrechte, dafür mehr Gefechtsdrill als »Disziplinierungsmittel«, das Recht auf »verschärften Arrest« sowie eine eigenstän-

dige »Wehrjustiz«, damit »wieder ein frisch-fröhlicher Geist in die Truppe« komme und der Soldat sich ganz als »Kämpfer« verstehen könne.

Die Vehemenz dieses restaurativen Anspruchs setzte Fantasien frei, die nah an Revolte und Putsch lagen. Die Hardthöhe befand sich in der größten Führungskrise seit ihrer Gründung. Mit dem »Unna-Papier« hatte die alte Garde die Initiative ergriffen, nicht nur um Schmidt den Schneid abzukaufen, sondern um unverhohlen den Herrschaftsanspruch von Politik und Parlament infrage zu stellen – zu Gunsten des »Eigengewichts« des Militärischen. Nach traditionalistischem Anspruch ging es um nicht weniger als die Macht im Staate.

Es war ein verdeckter Kampf, den die Generale führten; die Öffentlichkeit und große Teile der Bundeswehr erkannten dessen Bedeutung nicht. Wegen der politischen Brisanz suchte Schmidt das »Schneez-« und das »Unna-Papier« in der Öffentlichkeit zu verharmlosen – er respektiere das »Engagement, was letztlich dahintersteckt«. Die historische Tragweite unterstrich dagegen de Maizière: Die Bundeswehr sei in diesen Monaten auf einen »Knickpunkt« ihrer Geschichte zugesteuert; eine solch fundamentale »Konfrontation« habe es »das letzte Mal« gegeben.

Der Anspruch auf ein »Eigengewicht« gegenüber der Politik erstreckte sich zu dieser Zeit noch auf ein anderes Thema, er zielte auf das Zentrum der Macht: die Hoheit über Atomwaffen. Ein harter Kern der Generalität hatte den militärischen Zugriff innerhalb der Nato durch die sogenannte Prädelegation organisiert: Im Zweifel sollten Atomwaffen ohne Konsultation mit der Regierung zum Einsatz kommen. Das politische Veto sei unpraktisch und behindere nur die militärischen Abläufe. Generalinspekteur de Maizière sah dies anders: Er kritisierte den »geplanten großzügigen, fast unbekümmerten Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen«. Erst 1973 konnte Schmidt gemeinsam mit US-Präsident Richard Nixon die zivile Kontrolle über die Atomwaffen in der Nato-Befehlsstruktur wiederherstellen.

Als die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre gegen die atomare Nachrüstung demonstrierte und sich Protest auch am öffentlichen Vereidigungs-Zeremoniell der Bundeswehr entzündete, klärte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Hans Apel das noch immer diffuse Verhältnis der Streitkräfte zur Vergangenheit – zumindest auf dem Papier. Sein Traditionserlass von 1982 nahm, anders als der Vorgänger-Erlass von 1965, eine klare Abgrenzung zur Wehrmacht vor: »Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition nicht begründen.«

Mit dem Regierungswechsel und der konservativen »geistig-moralischen Wende« erhielten die Traditionalisten aber noch im selben Jahr neuen Auftrieb. Unter Verteidigungsminister Manfred Wörner wurde das »Ende der Zivilisierung« des Militärs ausgerufen, die Generale predigten wieder das militärische Ethos der Vergangenheit: ein Soldatentum mit eigenen Werten und ewigen Tugenden, gestärkt und gestählt durch eine lange Tradition. Ein neuer, alter Kämpferkult wurde gepflegt, der das Militär in Haltung und Geist von der zivilen Gesellschaft scheiden sollte.

Bis heute ist manches Schein in der Bundeswehr.

Das Reformkonzept der Inneren Führung genießt amtlich höchsten Stellenwert, aber in der Ausbildung und im Alltag der Truppe leidet es immer wieder krass und wird vielfach als wirklichkeitsfremd belächelt. Habitus und Symbole vermeintlicher militärischer Vorbilder werden hochgehalten und nicht nur klammheimlich gefeiert: Heil-Hitler-Rufe allein wären in gewisser Weise harmlos, doch in den Berichten des Wehrbeauftragten bilden traditionalistische Tabubrüche und rechte Ausfälle seit Jahrzehnten eine beängstigende Kontinuitätslinie. Der Fall des rechtsextremen Oberleutnants Franco A. erscheint für sich genommen relativ, gäbe es nicht die bemerkenswerte Hierarchiekette von Offizieren, die seinen völkischen Rassismus bagatellisierten. Ein Generalmajor äußerte dazu öffentlich, die Untersuchung und die Kritik von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen seien unangemessene »Eingriffe der politischen Führung« gegenüber der militärischen Hierarchie. Da finden sie sich wieder, die Spuren des Traditionalismus.

Ja, die Bundeswehr hat eine zerklüftete, umkämpfte Geschichte. Immer wieder brachten die Militärs eigene Konzepte in Stellung, die im Widerspruch zum Primat des Zivilen und bis in die frühen siebziger Jahre auch im Widerspruch zur verfassungsrechtlichen Einbindung der Bundeswehr standen. Baudissin, der Reformers der ersten Jahre, bezeichnete den militärischen Traditionalismus als »wirklichkeitsfremde, gefährliche Ideologie«. Seine Reformen, das bürgerlich-freiheitliche Gegenkonzept des »Staatsbürgers in Uniform«, sind eine Lehre aus der Geschichte: Sie sollen die seit dem 19. Jahrhundert gepflegte Dominanz des Militärischen bändigen. Bis heute ist dieser Versuch nicht vollständig geglückt. Noch immer steht die Bundeswehr zwischen Traditionalismus und demokratischer Reform. ■

DETLEF BALD *ist Militärhistoriker und war bis 1996 Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München*



WEITERLESEN

Detlef Bald:
»Die Bundeswehr.
Eine kritische
Geschichte
1955–2005«
Beck'sche Reihe,
München 2005